Der Entwurf der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie: Alter Wein oder großer Wurf?

Die Entwicklung einer deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist in die heiße Phase getreten. Seit Oktober führt der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung (Green Cabinet) einen internetgestützten Dialogprozess (www.dialog-nachhaltigkeit.de). Der Rat für Nachhaltige Entwicklung veröffentlichte Ende November ein Dialogpapier. Schließlich hat das Green Cabinet am 19. Dezember 2001 einen Strategieentwurf vorgelegt. Im März soll die Strategie vom Bundeskabinett beschlossen werden.

Mit den folgenden Expertisen soll ein Beitrag zum derzeit laufenden Diskussionsprozess geleistet werden. Nach einer kurzen Vorstellung von Eckpunkten des Entwurfs wird dieser von ExpertInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Umweltverbänden kritisch diskutiert. Im Mittelpunkt stehen die drei Schwerpunktfelder Energie, Mobilität und Ernährung, Innovationspotenziale der Strategie sowie pointierte Auseinandersetzungen mit der Stoßrichtung der Gesamtkonzeption.

Eckpunkte des Entwurfs der Bundesregierung für eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Zusammengestellt von Jan Nill

Als Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie wird eine ausgewogene Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven

künftiger Generationen angesehen (1). Es wird von einem breiten Nachhaltigkeitsverständnis ausgegangen: Nachhaltigkeit sei mehr als die Fortsetzung der Umweltpolitik mit anderen Mitteln, sie wird vielmehr als generelle Modernisierungsstrategie verstanden. Das entwickelte Leitbild geht von vier „Koordinaten“ aus:

- Generationengerechtigkeit,
- Lebensqualität,

- sozialer Zusammenhalt,
- internationale Verantwortung.

Auf dieser Basis wird ein Managementkonzept für eine nachhaltige Entwicklung entwickelt, das sich zusammensetzt aus

- 11 aus den Koordinaten abgeleiteten Managementregeln der Nachhaltigkeit,
- 21 Indikatoren und Zielen (siehe Kasten) sowie
- einem regelmäßigen Monitoring zur Erfolgskontrolle.

Die Indikatoren werden als Orientierungswerte für die staatlichen und gesellschaftlichen Akteure verstanden. Sie werden nur teilweise durch konkrete, quantifizierte Handlungsziele unteretzt. In der Regel wird dabei auf bereits bekannte Ziele zurückgegriffen, etwa hinsichtlich der *Treibhausgasemissionen*, der Verdopplung des Anteils der *erneuerbaren Energien* oder des angestrebten Anteils des *Öko-Landbaus* von 20 Prozent. Zumindest als offizielles Regierungsziel neu sind die Halbierung der *Energie- und Rohstoffintensität* sowie die Verringerung der täglichen Zunahme der *Siedlungs- und Verkehrsfläche* von 130 auf 30 Hektar bis 2020. Die Höhe und der Zeithorizont der Ziele bleibt dabei teilweise deutlich

Handlungsfeld Energie und Klimaschutz

Drehbuch ohne Inszenierungskonzept

Von Jan-Peter Voß

Die Nachhaltigkeitsstrategie für dieses Handlungsfeld nimmt ihren Ausgangspunkt von den drei Zielen des Energiewirtschaftsgesetzes: Wirtschaftlichkeit, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Versorgungssicherheit. Übrig bleibt ein buntes Set an Problembestimmungen, Handlungsanforderungen und Aktivitätsfeldern. Die Potenziale einer Nachhaltigkeitsstrategie liegen aber in deren Integration sowie in der Antizipation langfristiger Problemlagen. Voraussetzung hierfür ist Reflexivität. Hier besitzt der Entwurf noch große Schwachstellen.

Bekannte Ziele und Maßnahmen werden nebeneinander gestellt, dabei bleiben Umsetzungsbedingungen unkonkret, Konflikte oder Synergien werden nicht systematisch adressiert. Der Versuch, ein *integriertes Leitbild* zu entwickeln, ist nirgendwo zu finden. Hier allerdings liegen die eigentlichen Probleme der langfristigen Orientierung der Energiepolitik. Zum Beispiel: In welchem Verhältnis stehen der gleichberechtigte Zugang zu globalen Energieressourcen (S. 106, 127) und die jederzeitige Befriedigung von Energiedienstleistungsbedürfnissen der Deutschen (S. 132)? Und welche Wechselwirkungen bestehen mit anderen Politikfeldern wie der Verkehrs-, Bau-, Entwicklungs- oder Familienpolitik? Diese Fragen werden nicht aufgegriffen. Und während sich die Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch den gesamten Bericht zieht, kommen die Wettbewerbsprobleme im deutschen Energiemarkt und eine soziale Dimensi-

on der Energieversorgung gar nicht erst vor. Die Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung“ ist in beiden Punkten bereits weiter (1).

Als konkrete Pilotprojekte werden die Förderung der Zukunftstechniken „Offshore-Windparks“ und „Virtuelles Kraftwerk“ (dezentral vernetzte Brennstoffzellen) präsentiert. Die fokussierte Innovationsstrategie ist das einzige neue Element der Strategie. Klassische Technikförderung ist für nachhaltige Innovationen aber nicht ausreichend. Dazu gehört, dass institutionelle und kulturelle Umsetzungsbedingungen im Technikentwicklungsprozess integriert und die ökologischen Wirkungsunsicherheiten, die bei beiden Technologien bestehen, berücksichtigt werden. Der Beitrag einer interdisziplinären, an gesellschaftliche Problemlagen orientierten Energieforschung kommt bisher aber nicht vor. Die *Antizipation langfristiger Entwicklungen* geht im Strategieentwurf nicht über die tägliche Energiepolitik hinaus. Emissionsreduktionen und Ausbauziele für erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung sind aus EU-Richtlinien und dem Klimaschutzprogramm von 2000 übernommen. Zusätzlich wird eine Halbierung der Energieintensität um 50 Prozent von 1990 bis 2020 angestrebt (S. 78). Das entspricht jährlichen Steigerungsraten der Energieproduktivität um 2,4 Prozent für die kommenden Jahre. Prognosen gehen von einer ohnehin erfolgenden Steigerung um jährlich 2,1 Prozent aus (2). Langfristige Klimaziele fehlen, die entsprechenden Vorschläge der Enquete-Kommission werden

nicht übernommen. Die Chancen weiter Zeithorizonte, die kulturelle und materielle „Investitionszyklen“ übergreifen, bleiben insgesamt wenig genutzt.

Die Abkopplung von Zukunftsdiskursen von gegenwärtigen Interessenkonflikten kann in der politischen Praxis offensichtlich nur schwer geleistet werden. Genau diese Probleme und darauf ausgerichtete institutionelle Arrangements wären aber ein angemessener Gegenstand der Nachhaltigkeitsstrategie. Dem Drehbuch ein entsprechendes Inszenierungskonzept zu verpassen, das steht noch aus.

Anmerkungen

(1) Erster Bericht der Enquete-Kommission Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung. BT-Drucksache 14/7509, Berlin 2001, S. 21-72.

(2) Prognos/ EW: Die längerfristige Entwicklung der Energiemärkte im Zeichen von Wettbewerb und Umwelt. Untersuchung im Auftrag des BMWi. Basel 1999, S. 434.

Der Autor

Jan-Peter Voß ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Öko-Instituts.

Kontakt: Öko-Institut, Postfach 6226, 79038 Freiburg. Tel. 0761/ 45295-27, Fax 0761/ 475437, E-Mail: voss@oeko.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.